

40 JAHRE RADIKALENERLASS

Ein abgeschlossenes Kapitel im „Land der Freiheit“?

Bespitzelung, Denunziation und Schikanen im "Land der Freiheit"

Der Fall Wolfgang Serway

- 1974 August bis Dezember 1975 Studienreferendar
- 1976 Januar bis zum Juli 1985 Wirtschaftsgymnasium
Esslingen.(Deutsch/Geschichte/Gemeinschaftskunde)
- 1985 Disziplinarverfahren und Berufsverbot
Begründung:
Kandidatur für die Kommunalwahlen in Stuttgart
auf der Offenen Liste der MLPD



Wolfgang Serway
Stuttgart

Gegen mein Berufsverbot gab es verschiedene Initiativen:

Kollegen meiner damaligen Schule und Schüler setzten sich mit einer Unterschriftenliste für mein Verbleiben mit Leserbriefen und in der Presse ein. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützte mich in meinem Verfahren.

Der damalige Landtagsabgeordnete der Grünen Thilo Weichert startete eine Kleine Anfrage im Landtag. In der Antwort des Kultusministeriums wurde angeführt, dass „die Tatsache, dass die vom Berufsverbot Betroffenen bei Kollegen, Schülern und Eltern geschätzt seien, nicht von Belang sei“.

Das Berufsverbot wurde mit 2 Vorwürfen begründet:

erstens **mit der Kandidatur für die MLPD/offene Liste und**

zweitens **mit dem Vorwurf der für einen Beamten unzulässigen „Flucht an die Öffentlichkeit.“**

Letzteres bezog sich darauf, dass es zu meinem Fall – wie zu dem der leider inzwischen verstorbenen Kollegin Inge Dressler – verschiedentlich Berichte in der Presse gab.

In Anhörungen und Diskussionen habe ich betont, dass ich auf das angebliche Recht auf „Schutz vor der Öffentlichkeit“ verzichte. Ich habe auch meine Weltanschauung nie verleugnet, zu der es gehört, mir die Freiheit zu nehmen, über das Grundgesetz hinaus zu denken.

Meine Aufgabe habe ich darin gesehen, meine Schüler -wie von W.Brandt gefordert- „zum aufrechten Gang“, zu Selbstständigkeit und zu Kritikfähigkeit zu erziehen. Indoktrination oder Manipulation habe ich stets abgelehnt, denn sie entmündigen den Menschen. Allerdings hat sich das Oberschulamt nicht für meinen Unterricht interessiert, oder ihn gar besucht.

Mein Berufsverbot erwies und erweist sich deshalb -wie das bei anderen Betroffenen- als eine Maßnahme des Antikommunismus, des Verstoßes gegen Grundrechte der Betroffenen, aber auch gegen die Schüler und die Eltern. Nicht umsonst wurden die Berufsverbote in der europäischen Öffentlichkeit, von internationalen Organisationen wie der ILO, beim Europäischen Gerichtshof et cetera verurteilt.

Nach meinem erzwungenen Ausscheiden aus dem Schuldienst hatte ich mit schwierigsten Bedingungen zu kämpfen und trotz langjähriger Arbeitslosigkeit eine Familie zu ernähren. So bin ich heute mit einer Rente von zirka 650 € ein Fall von Altersarmut. Ich fordere deshalb nicht nur eine Rehabilitierung sondern auch eine materielle Entschädigung.